



Finance Watch

Vision von Finance Watch für ein reformiertes Finanzsystem

Für eine Finanzwirtschaft, die der Gesellschaft dient

Wo wir heute stehen

Eine grundlegende Reformierung des Finanzsystems, welche nach der Finanzkrise 2007/08 versprochen wurde, hat bis heute nicht stattgefunden. **Die seit der Krise eingeführten Reformen wurden oftmals aufgrund des starken Einflusses der Finanzlobby inzwischen bereits wieder abgeschwächt.** Doch was noch schlimmer wiegt: Die neuen Regeln haben weder ein für alle Mal klargestellt, dass das Finanzsystem in erster Linie der Wirtschaft und der Gesellschaft dienen sollte, noch seine schiere Größe und seinen enormen Einflussbereich in Frage gestellt. Finanzunternehmen privatisieren weiterhin Gewinne ihrer Geschäftsaktivitäten, welche keinen sozialen Nutzen haben, während sie Verluste sozialisieren. Somit haben die neuen Vorschriften das oberste Ziel verfehlt, weshalb sie überhaupt aufgestellt wurden: die Stabilität des Finanzsystems in Zukunft zu garantieren.

Dieses **instabile Finanzsystem** fördert eine ungerechte, ungleiche Gesellschaft und eine nicht nachhaltige Wirtschaft. Doch weitermachen wie bisher wird nicht funktionieren, dafür gibt es deutliche Warnhinweise. **Die vielen unproduktiven Aktivitäten des Finanzsektors, die der Wirtschaft und Gesamtgesellschaft Gewinne entziehen, verstärken die wachsende Kluft zwischen den reichsten und den ärmsten Teilen der Gesellschaft.** Die Finanzindustrie insgesamt trägt auch zu den zunehmend präsenten und negativen Auswirkungen des Klimawandels bei, indem sie überwiegend rohstoffintensive Projekte der fossilen Wirtschaft unterstützt, da diese in Ermangelung an strengeren Umweltauflagen leider noch rentabler sind. Daran wird sich nichts ändern, solange Staaten fossile Energien subventionieren und Preise für Treibhausgasemissionen niedrig bleiben. Auf diesem Wege stolpern wir blindlings in künftige Finanzkrisen und den ökologischen Kollaps. All jene Finanzunternehmen, die dieses Finanz- und Wirtschaftssystem am Laufen halten, wurden in der letzten Krise nicht zur Rechenschaft gezogen und werden es auch bei den aktuellen Problemen nicht. All dies muss sich sofort ändern.



Warum wir jetzt einen Wandel brauchen

Immer mehr europäische Bürger/innen fordern einen Kurswechsel und stimmen gegen den Status Quo und ein „Weiter so“. Ein grundlegend reformiertes Finanzsystem könnte uns allen dabei helfen, die dringlichen und miteinander verknüpften wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Probleme zu lösen. Wir müssen die Kräfteverhältnisse verschieben, um gemeinsam ein neues Finanzsystem zu gestalten, dem Bürger/innen vertrauen können und das den Weg in eine faire und nachhaltige Zukunft öffnet. Nur so können wir künftige Krisen mit all ihren katastrophalen Folgen für die Gesellschaft verhindern.



Was getan werden muss

REFORM DES FINANZSYSTEMS

Um den ursprünglichen Zweck des Finanzsystems wiederherzustellen, der Gesellschaft zu dienen, müssen wir es dringend stabiler machen, wirtschaftliche Aktivitäten weniger stark bündeln und Risiken breiter streuen, eine bessere Balance zwischen öffentlicher und privater Finanzierung finden und langfristige Investitionen fördern. Die Aktivitäten der Finanzindustrie und deren Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt müssen transparenter und ihre Akteure gegebenenfalls zur Rechenschaft gezogen werden.

Finanzunternehmen sollten auf eine für die Gesellschaft erträgliche Größe verkleinert werden und vielfältige Geschäftsmodelle koexistieren. Dadurch wird das System insgesamt widerstandsfähiger und Schocks können besser abgefedert werden.

Das Finanzwesen muss wieder einfach und „langweilig“ sein. Es muss sicherstellen, dass Bürger/innen all jene Finanzprodukte und -dienstleistungen zur Verfügung stehen, die für die volle und gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben unverzichtbar sind. Diese Produkte und Dienstleistungen sollten einfach strukturiert, leicht verständlich, transparent, öffentlich zugänglich, erschwinglich und für alle Bürger/innen geeignet sein.

FINANZIERUNG EINER NACHHALTIGEN WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Wir müssen mehr Kapital jenen Bereichen zukommen lassen, in denen es der Gesellschaft als Ganzer dienlich sein kann. Der effektivste Weg zur Umlenkung der Finanzströme besteht darin, die Regulierung der Wirtschaft anhand eines demokratisch bestimmten Wirtschaftsziels auszurichten.

Dazu müssen wir die Rollen der Zentralbanken, der Geschäftsbanken und des Finanzsystems insgesamt neu definieren. Sie könnten die treibende Kraft sein, um Investitionen in den Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft fließen zu lassen. Ein hoher Preis für Kohlendioxid und für Umweltschäden würde dazu beitragen, die Finanzströme in Richtung eines Wirtschaftssystems umzulenken, welches das 1,5°-Grad-Ziel der Vereinten Nationen verfolgt und somit Biodiversität und Ökosysteme schützt. Ein solcher hoher CO₂-Preis oder eine vergleichbare Steuer sollte gerade diejenigen Unternehmen und ihre Anteilseigner belasten, die am stärksten zur Klimaschädigung beitragen, um die Kosten der Energiewende nicht den Ärmsten und der Allgemeinheit aufzubürden.

AUF ERFOLGSGESCHICHTEN AUFBAUEN

Es gibt nachhaltige Pioniere im Finanzbereich, die bewiesen haben, dass stabile und ethische Geschäftsmodelle funktionieren. Sie sind bestes Beispiel dafür, wie das Finanzsystem den Übergang zu einer nachhaltigen und solidarischen Wirtschaft ermöglichen kann. Diese Pioniere müssen gefördert, die Bausteine ihres Erfolgs bekannt gemacht und Anreize geschaffen werden, um das damit bisher schon Erreichte vielfach auszubauen.

Unsere Forderungen

Um den notwendigen Systemwandel herbeizuführen, schlägt Finance Watch folgende Reformen für das Finanzsystem vor:

STABILISIERUNG

Das Finanzsystem muss insgesamt stabiler werden, um Schocks besser abzufedern, anstatt Verluste auf die Gesamtgesellschaft abzuwälzen. Finanzstabilität wirkt sich auch positiv auf den Zeithorizont von Anlegern und Kreditgebern aus und verleitet zu einer längerfristigen Anlage. Wir müssen unbedingt schädliche Spekulation und Blasenbildung eindämmen und dafür sorgen, dass kein Finanzunternehmen mehr zu groß ist, um es pleite gehen lassen zu können.



Maßnahmen:

- ☞ Verkleinerung großer Finanzunternehmen auf eine für die Gesellschaft verträgliche Größe, z.B. durch eine Trennung zwischen klassischem Bankgeschäft und Investmentbanking.
- ☞ Verbindliche Vorschriften für die Steuerung von Finanzunternehmen, um Risiken und „verlorene Investitionen“ (stranded assets) zu vermeiden, welche durch soziale und ökologische Schäden entstehen können.
- ☞ Eindämmung schädlicher Spekulation und Blasenbildung.
 - Verringerung der Schattenbankaktivitäten durch Einschränkung der Weiterverwendung von Sicherheiten und Festlegung von Mindestabschlägen bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften.
 - Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer.
 - Verbot der Verbriefungstechnik, bei der Forderungen in Tranchen mit unterschiedlichem Kreditrisiko gebündelt werden, und der Verbriefung bei Infrastrukturfinanzierungen.

DEMOKRATISIERUNG



Große Finanzinstitute sind der Demokratie kaum rechenschaftspflichtig und nicht Bestandteil einer umfassenderen und kohärenten wirtschaftlichen Vision. Wir brauchen unter anderem mehr Finanzinstitutionen mit einem sozialen Auftrag wie Entwicklungsbanken, öffentliche, genossenschaftliche und ethische Kreditinstitute sowie Anleger, die neben einer finanziellen auch eine soziale Rendite erwirtschaften wollen. Dies ermöglicht den Bürger/innen mit ihrer Anlage auch Gutes für Umwelt und Gesellschaft zu tun, indem sie ihr Geld in eine Reihe

verschiedener lokaler, ethischer und nachhaltiger Projekte investieren. Zudem sollte das Finanzwesen den Bedürfnissen aller Bürger/innen dienen, indem es soziale Eingliederung ermöglicht und gesellschaftlichen Schaden minimiert.

Maßnahmen:

- ☞ Einführung einer Rechenschaftspflicht privater Finanzinstitute für die Auswirkungen ihrer Kreditvergabe und Investitionen in Hinblick auf die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung, beginnend mit verpflichtender Berichterstattung über Auswirkungen darauf.
- ☞ Sicherstellung einer vielfältigen Bankenlandschaft durch Förderung kleiner, lokaler und ethischer Banken sowie Gemeinschaftsbanken, unterschiedlicher Eigentumsstrukturen und breiter Interessensvertretung.
- ☞ Freisetzung öffentlicher Investitionskapazitäten durch Anpassung der Defizitregeln, Änderung der Ausgabenprioritäten und / oder Stärkung der Steuereinnahmen.
- ☞ Untersuchung, und wenn nötig Abänderung, der Vorschriften über staatliche Beihilfen und die buchhalterische Erfassung von Steuern, um potenzielle Hindernisse für das öffentliche Bankwesen zu beseitigen.
- ☞ Stärkung der Rechenschaftspflicht der EZB gegenüber dem Europäischen Parlament in Bezug auf die Auswirkungen ihrer Geldpolitik auf Ungleichheit, Klimawandel, Umweltzerstörung und nachhaltige Entwicklung der Volkswirtschaften und Gesellschaften in der EU.
- ☞ Garantierter Zugang für alle Bürger/innen zu einer Reihe grundlegender Finanzdienstleistungen, die zur vollen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft erforderlich sind.
- ☞ Gewährleistung einer angemessenen Vertretung des Gemeinwohlinteresses bei der Regulierung des Finanzsystems, indem die Organisationen der Zivilgesellschaft in ExpertInnen- und Interessengruppen ausreichend vertreten sind und der Gesetzgebungsprozess transparent ist.
- ☞ Reduzierung des Einflusses der Finanzlobby, indem deren Zugang zu Entscheidungstragenden, Regulierungs- und Aufsichtsbehörden sowie Politiker/innen einschränkt wird, damit diese die Integrität der Gesetzgebung garantieren und dem Gemeinwohlinteresse Vorrang einräumen können.

UMORIENTIERUNG

Wir müssen alle zweckdienlichen Mittel einsetzen, um eine Umlenkung der Kapitalströme in Richtung nachhaltige und sozial verantwortliche Kreditvergabe und Geldanlage zu ermöglichen, die im Einklang mit Biodiversität und der Wiederherstellung und Erhaltung der Ökosysteme stehen: von der Regulierung der Wirtschaft und des Finanzsektors, über verschiedenen Sanktionen und Anreize sowie verbesserter Berichterstattung bis hin zu erhöhter Nachfrage der Verbraucher und engagierten Finanzangestellten, und vieles mehr.



Maßnahmen:

- ☞ Festlegung klarer Schritte zur Erreichung der Pariser Klimaziele und der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) im „EU-Aktionsplan zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums“. Alle vorgesehenen Gesetze sollten darauf abzielen, die Kreditvergabe an und Investitionen in jene Aktivitäten schrittweise einzustellen, die für die Gesellschaft und Umwelt schädlich sind. Dies umfasst verpflichtende Folgenabschätzungen in den Bereichen Umwelt, Soziales und Governance („ESG“) für alle finanzierten Aktivitäten während der gesamten Laufzeit des Darlehens oder der Investition und darüber hinaus, einschließlich Sorgfaltspflichtprüfungen und der Anwendung des Vorsichtsgrundsatzes.
 - Festlegung einer ehrgeizigen und verbindlichen EU-Taxonomie.
 - Vergabe eines EU-Umweltsiegels nur für jene Finanzprodukte, die tatsächlich eine positive Auswirkung auf die Umwelt haben und nicht nur keinen Schaden anrichten.
 - Verbindliche, gemeinsame und harmonisierte Berichterstattung nichtfinanzieller Informationen.

- Einbeziehung weiterer umwelt-, sozial- und menschenrechtsrelevanter Risiken und Messgrößen.
- ☞ Berücksichtigung klima- und weiterer umweltbezogener Risiken und Auswirkungen sowie von Risiken einer wachsenden sozialen Ungleichheit, wenn die Zentralbanken ihre geldpolitischen und aufsichtsrechtlichen Aufgaben erfüllen.
- ☞ Sicherstellung, dass die Regulierungsbehörden Klima-, Umwelt- sowie soziale Risiken angemessen berücksichtigen. Dabei sollten sie möglichst die gesamte Bandbreite der zur Verfügung stehenden mikro- und makroprudenziellen Instrumente nutzen, u.a. insbesondere zusätzliche Eigenkapitalanforderungen, Eigenkapitalpuffer, sektorspezifische Verschuldungsquoten, Zweckbindung der Kredite, Großkredit-Obergrenzen und Stresstests.

VORBEREITUNG

Die langfristigen Auswirkungen der derzeitigen experimentellen Geldpolitik sind noch immer unklar. Sicher ist jedoch, dass sich unsere Volkswirtschaften nicht von der letzten Finanzkrise erholt haben. Konjunktur-, Geschäfts- und Kreditzyklen deuten darauf hin, dass ein erneuter Abschwung bevorsteht. Die Entscheidungen der politischen Entscheidungsträger spiegeln diese Situation jedoch nicht wider.



Maßnahmen:

- ☞ Aufstellung von Notfallplänen zur Bewältigung einer neuen Finanz-/ Wirtschaftskrise.
- ☞ Überprüfung der derzeitigen Regulierungsinstrumente, u.a. damit sie im Falle einer größeren Krise einsatzbereit sind.
- ☞ Aufbau nationaler Einlagensicherungssysteme, die mit ausreichend Mitteln ausgestattet sind, und Abbau der Zahl notleidender Kredite, um eventuell ein europäisches Einlagensicherungssystem einführen zu können.
- ☞ Vollständige und ordnungsgemäße Anwendung des EU-weit einheitlichen 'Bankenabwicklungsmechanismus' und Vermeidung weiterer "prophylaktischer" Rekapitalisierungen von Banken auf Kosten der Steuerzahler.
- ☞ Stärkung der unternehmerischen Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen für eine Reduzierung der Geschäftsrisiken, Beendigung der Verantwortungsdelegation an untere Hierarchiestufen und Sicherstellung von Ressourcen, Zeit und Schulungen für Mitarbeiter der Finanzunternehmen, damit sie die regulatorischen Anforderungen ordnungsgemäß erfüllen können.
- ☞ Verbesserung der aktuellen Stresstests, indem die Tests über den Bankensektor hinaus auch auf andere Finanzunternehmen ausgedehnt sowie ESG-Faktoren und zukunftsgerichtete Szenarien in die Bewertung einbezogen werden.
- ☞ Gewährleistung der Sicherheit und Integrität der IT-Infrastruktur für Finanzdienstleistungen, die für den Schutz kritischer Infrastrukturen auf nationaler und europäischer Ebene unerlässlich ist.

© Finance Watch 2019. Alle Rechte vorbehalten. Die Inhalte dieses Dokuments können weiterverwendet werden, solange ihre ursprüngliche Bedeutung nicht verfälscht und der Kontext korrekt dargestellt wird. Ihre Fragen zu dieser Veröffentlichung stellen Sie am besten per Email an contact@finance-watch.org.

Finance Watch hat Zuwendungen der Europäischen Union erhalten, um sein Arbeitsprogramm zu erfüllen. Es liegt keine indirekte Befürwortung der EU zur inhaltlichen Arbeit von Finance Watch vor, die Finance Watch alleine zu verantworten hat.